

der Oder, „daß ihnen die Lust und das Interesse an Deutschland ein für allemal vergeht.“

XI.

Dieses – in den Grundzügen also bereits in den Jahren 1945 bis 1949 ausgeprägte – Deutschland-Modell erfuhr am 7. Oktober 1949 seine staatliche Aufwertung in Form der DDR. Nicht ohne Grund schrieb Stalin in seinem vielzitierten Grußtelegramm vom 13. Oktober 1949 anlässlich dieser Gründung nicht nur von der DDR als dem „Wendepunkt in der Geschichte Europas“, sondern auch davon, daß die DDR der „Grundstein für ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland“ sei. In der Gründung der DDR, so präziserte ein enger Vertrauter Stalins, der stellvertretende Ministerpräsident Malenkov, komme der Prozeß „des Zusammenschlusses der demokratischen Kräfte des deutschen Volkes“ zum Ausdruck. Es konnte kein Zweifel daran bestehen, daß mit diesen „demokratischen Kräften“ Funktionäre wie Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl gemeint waren, nicht aber westdeutsche Politiker wie Konrad Adenauer und Kurt Schumacher. Wenn Pieck am 11. Oktober 1949 nach seiner Wahl zum Präsidenten der DDR von den „Brüdern und Schwestern“ sprach, die in den Westzonen „unter dem entwürdigenden Druck eines der deutschen Bevölkerung von den westlichen Besatzungsmächten aufgezwungenen Besatzungsstatuts“ lebten, oder Grotewohl einen Tag später in seiner Regierungserklärung die Bundesrepublik Deutschland als einen Staat zu disqualifizieren trachtete, der schon in seiner Geburtsstunde „alle Krankheitszeichen eines politischen Wechselbalges“ aufweise, dann wurde damit nur der Anspruch verdeutlicht, daß die DDR von ihren Funktionären und nicht zuletzt aus Moskauer Sicht als „deutsches Kerngebiet“ (W. Pieck), als deutsches Piemont verstanden wurde.

XII.

Für die Gründung wie für die weitere Entwicklung des ersten „Arbeiter- und Bauernstaates“ auf deutschen Boden, wie die DDR von ihren Befürwortern in Ost und West gern verstanden werden wollte, sind zwei Faktoren ausschlaggebend gewesen: zum einen die Turbulenzen des nach 1947 offen ausbrechenden Kalten Krieges, zum anderen die Sowjetunion mit ihrem – nicht zuletzt aus der Autorität des Sieges „über den Faschismus“ hergeleiteten – Anspruch, an der Neugestaltung Europas entscheidend beteiligt zu werden. Diesem Interesse Moskaus kam entgegen, daß es sich mit den Kadern der KPD bzw. SED auf eine skrupellose Machtelite stützen konnte, für die der Sowjetstaat unbedingten Vorbildcharakter besaß. Die „bewußten Antifaschisten“ um Ulbricht

und Honecker, die sich stets auch von den Grundsätzen ihrer „sozialistischen demokratischen Weltanschauung“ leiten ließen, haben – mit der DDR als Kernstaat – über vier Jahrzehnte hinweg die Weichen in Deutschland in Richtung auf eine Auffassung von Demokratie zu stellen versucht, von der ein „Aktivist der ersten Stunde“ wie der Liberaldemokrat Johannes Dieckmann, der spätere langjährige Präsident der Volkskammer der DDR, schon 1945 zu sagen wußte, daß sie, „wenn sie sich gestalten kann und gestaltet hat, vermutlich der russischen Auffassung näher verwandt sein [werde] als der des Westens“.

Wer die Frühgeschichte des Sowjetstaates, etwa die Jahre zwischen 1918 und 1932, kennt, der würde bestätigen müssen, daß KPD bzw. SED alles getan haben, um diesem bolschewistischen Vorbild nachzueifern. Maßnahmen oder Vorgänge wie beispielsweise die Einführung der staatlichen Handelsorganisation, die Kollektivierung der Landwirtschaft, die Durchsetzung handwerklicher Produktionsgenossenschaften, der „Sturm auf die Festung Wissenschaft“, die Gleichschaltung der Gewerkschaften oder der Kampf gegen die Kirche im Zeichen eines militanten Atheismus hatten alle ihr Vorbild im frühen Sowjetrußland. Die Renommiertruppe des Ostberliner Wachregiments trug nicht ohne Grund den Namen Feliks Dzierzynskis, des Begründers der „Allrussischen Außerordentlichen Kommission zur Bekämpfung von Konterrevolution und Sabotage“, der sog. Tscheka. Und um den Faktor „Kalter Krieg“ nicht zu vergessen: Natürlich hat die DDR an der Seite Moskaus auch eine zentrale, bisher eher verkannte Rolle in der Ost-West-Auseinandersetzung gespielt. Diese bedingungslose Bindung an den Sowjetstaat hat freilich – Ironie des „unverbrüderlichen“ Bruderbundes DDR/UdSSR – auch das Ende des deutschen „Friedensstaates“ herbeigeführt und damit dessen brüchige Fundamente offengelegt. Als nämlich die polnische Solidarnosc Anfang der 80er Jahre den Ostblock aufzusprengen begann und auf diese Weise den Anfang vom Ende des Kalten Krieges markierte, sich in der Folge zudem die Sowjetunion – wie der Zarenstaat des 19. Jahrhunderts – als ein „Koloß auf tönernen Füßen“ erwies, war das Schicksal des „real existierenden Sozialismus“ auf deutschem Boden besiegelt, das Ende der DDR geradezu zwangsläufig.

(Vortrag in der nichtöffentlichen – 5. – Sitzung am 8.5.1992)